

## Pressemitteilung 16/2016

Halle (Saale), den 22. April 2016

**Stabiles Rentenniveau würde Beitragszahler noch stärker belasten und Jüngere zusätzlich benachteiligen**

Der Vorschlag, das Rentenniveau zu stabilisieren und nicht wie derzeit geltend sinken zu lassen, bedeutet, dass bei unveränderten Regelungen zum Renteneintrittsalter die Beiträge bis zum Jahr 2030 um 2 Prozentpunkte stärker steigen werden als ohnehin geplant. Weitere Berechnungen und Alternativvorschläge zur Vermeidung von Altersarmut enthält eine heute erscheinende IWH-Studie.

Berechnungen des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zeigen, was aktuelle Vorschläge zum Rentenniveau (Sicherungsniveau) den Beitragszahler in Zukunft kosten würden und stellt dazu drei Szenarien gegenüber: ein sinkendes Sicherungsniveau, ein konstantes Sicherungsniveau und ein steigendes Sicherungsniveau. „In Deutschland ist die Belastung von Arbeitseinkommen mit Steuern und Beiträgen im internationalen Vergleich ohnehin hoch. Eine über die demographisch bedingte Erhöhung der Beiträge hinausgehende zusätzliche Belastung ist daher ökonomisch bedenklich“, so Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik am IWH. Die Alterung der Bevölkerung impliziert im umlagefinanzierten Rentenversicherungssystem, dass ein heute 30-Jähriger insgesamt über sein Berufsleben 50% mehr Beiträge bezahlen muss als ein heute 60-Jähriger, um auf das gleiche Rentenniveau zu kommen. Um Altersarmut zu vermeiden, sollten Leistungsausweitungen bei der Rente auf diejenigen Menschen zu beschränkt werden, deren Alters Einkünfte zum Lebensunterhalt nicht ausreichen; eine Ausweitung für alle Rentnergruppen dürfte nicht nachhaltig finanzierbar sein.

---

### Veröffentlichung

Holtemöller, Oliver; Pohle, Felix; Zeddies, Götz: [Was Änderungen beim Rentenniveau die Beitragszahler kosten](#). IWH Online 2/2016. Halle (Saale) 2016.

### Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Prof. Dr. Oliver Holtemöller  
Tel +49 345 7753 800  
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

### Pressekontakt

Stefanie Müller  
Tel +49 345 7753 720  
presse@iwh-halle.de

Sperrfrist  
22. April, 11:00 Uhr

Pressekontakt  
Stefanie Müller  
Tel +49 345 7753 720  
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner  
Oliver Holtemöller  
Tel +49 345 7753 800  
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts  
Bundesministerium für Wirtschaft  
und Energie (BMWi),  
Bundesministerium für Arbeit und  
Soziales (BMAS), Bundesministerium  
der Finanzen (BMF),  
Wirtschaftsministerien der Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter  
Rentenniveau, gesetzliche  
Rentenversicherung, Demographie

Aktueller Bezug  
politische Vorschläge zum  
Rentenniveau

Leibniz-Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle e. V.  
(IWH)  
Tel +49 345 7753 60  
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61  
D-06017 Halle (Saale)

[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

## IWH-Expertenliste

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle](#) des IWH.

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 88 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter [www.leibniz-gemeinschaft.de](http://www.leibniz-gemeinschaft.de).